

## Inhaltsübersicht

Geleitwort . . . . .	V
Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
<i>Kapitel 1: Einleitung</i> . . . . .	1
A. Steuerrechtswissenschaft und <i>Gender</i> -Perspektive . . . . .	1
B. Konsequenzen für die Ehegattenbesteuerung . . . . .	3
I. Ehe und Familie in Deutschland – ein empirischer Befund . . . . .	4
II. Mögliche Ursachen für die rückläufige Zahl an Eheschließungen und Geburten . . . . .	6
III. Forderungen nach einer Reform der Ehegattenbesteuerung . . . . .	8
C. Gang der Untersuchung . . . . .	10
<i>Kapitel 2: Funktionsweise des Ehegattensplittings</i> . . . . .	13
A. Zusammenveranlagung und Splittingverfahren . . . . .	13
I. Wahlrecht zwischen Einzel- und Zusammenveranlagung . . . . .	13
II. Splittingverfahren . . . . .	20
III. Funktionsweise . . . . .	20
IV. Exkurs: „Splittingvorteil“ . . . . .	22
V. Weitere Folgen der Zusammenveranlagung . . . . .	23
B. Hintergrund der Einführung des Ehegattensplittings . . . . .	25
<i>Kapitel 3: Würdigung des Ehegattensplittings</i> . . . . .	29
A. Art. 3 Abs. 1 GG: Allgemeiner Gleichheitssatz . . . . .	29
I. Grundsätzliche Bedeutung . . . . .	29
II. Bedeutung für das Steuerrecht: Grundsatz der Steuergerechtigkeit . . . . .	30
III. Leistungsfähigkeitsprinzip und Folgerichtigkeitsgebot . . . . .	30
IV. Nettoprinzip . . . . .	34

B. Art. 6 Abs. 1 GG: Besonderer Schutz von Ehe und Familie . . . . .	39
I. Schutzgut Familie . . . . .	39
II. Die einzelnen Gewährleistungen des Art. 6 Abs. 1 GG . . . . .	40
C. Ehegattensplitting als leistungsfähigkeitsgerechte Form der Besteuerung des Einkommens von Eheleuten? . . . . .	100
I. Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit . . . . .	100
II. Eheliche Erwerbsgemeinschaft . . . . .	102
III. Eheliche Verbrauchsgemeinschaft . . . . .	118
IV. Synergieeffekte des Zusammenlebens und „Schatteneinkommen“ . . . . .	141
V. Ergebnis . . . . .	145
D. Ehegattensplitting als neutrale Besteuerungsform im Hinblick auf unterschiedliche Ehemodelle? . . . . .	145
I. Verfestigung überkommener Rollenmuster durch das Ehegattensplitting? . . . . .	146
II. Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 S. 1 Var. 1 GG: Gleichberechtigung von Männern und Frauen . . . . .	155
III. Bewertung des Ehegattensplittings in der Gesamtschau . . . . .	173
IV. Vorgaben des Europarechts im engeren und im weiteren Sinne zur Geschlechtergleichberechtigung . . . . .	213
V. Ergebnis . . . . .	224
E. <i>Gender based Taxation</i> . . . . .	225
 <i>Kapitel 4: Ausdehnung des Ehegattensplittings auf die eingetragene Lebenspartnerschaft . . . . .</i>	
A. Einleitung . . . . .	229
B. Prüfungsmaßstab . . . . .	230
C. Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft . . . . .	233
I. Notwendigkeit eines bereichsspezifischen Vergleichs . . . . .	233
II. Vergleichbarkeit im Hinblick auf den Regelungszweck der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit . . . . .	234
III. Vergleichbarkeit im Hinblick auf den Regelungszweck der Eheförderung . . . . .	234
D. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung . . . . .	236
E. Vorgaben des Europarechts im engeren und im weiteren Sinne . . . . .	239
I. Grundsätzliches . . . . .	239
II. Vorgaben des Europarechts im weiteren Sinne: EMRK . . . . .	240

III. Vorgaben des Europarechts im engeren Sinne . . . . .	246
F. Ergebnis . . . . .	258
G. Exkurs: Intersektionale beziehungsweise mehrdimensionale Diskriminierungswirkungen von Steuertatbeständen . . . . .	258
I. Problemstellung . . . . .	258
II. Unterschiedliche Ansätze . . . . .	259
III. Beispiel aus der Rechtsprechung des <i>Bundesverfassungsgerichts</i> : Das Kopftuch muslimischer Lehrerinnen . . . . .	262
IV. Beispiele aus dem Steuerrecht . . . . .	262
 <i>Kapitel 5: Familienleistungsausgleich und Kinderbetreuungskosten</i> . . . . .	269
A. Überblick . . . . .	269
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	269
I. Rechtsprechung des <i>Bundesverfassungsgerichts</i> . . . . .	269
II. Kritik im Schrifttum . . . . .	270
III. Stellungnahme . . . . .	271
C. Familienleistungsausgleich . . . . .	272
I. Reaktion des Gesetzgebers auf die Vorgaben des <i>Bundesverfassungsgerichts</i> . . . . .	272
II. Kinderfreibetrag und Kindergeld . . . . .	273
D. Kinderbetreuungskosten . . . . .	276
I. Entwicklung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Kinderbetreuungskosten . . . . .	276
II. Kritik im Schrifttum . . . . .	279
III. Stellungnahme . . . . .	280
 <i>Kapitel 6: Reformalternativen</i> . . . . .	283
A. Einleitung . . . . .	283
B. Individualbesteuerung . . . . .	284
I. Beschreibung . . . . .	284
II. Stellungnahme . . . . .	285
III. Weitere Folgen eines Übergangs zur Individualbesteuerung . . . . .	289
C. Individualbesteuerung mit übertragbarem (Grund-)Freibetrag . . . . .	292
D. Individualbesteuerung mit dualer Unterhaltsprämie . . . . .	294
E. Ehegattenrealsplitting . . . . .	295
I. Beschreibung . . . . .	295

II. Stellungnahme . . . . .	298
F. Familiensplitting . . . . .	300
G. Familienrealsplitting . . . . .	304
<i>Kapitel 7: Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .</i>	<i>309</i>
Literaturverzeichnis . . . . .	317
Register . . . . .	355

# Inhaltsverzeichnis

Geleitwort . . . . .	V
Vorwort. . . . .	VII
Inhaltsübersicht. . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
<i>Kapitel 1: Einleitung</i> . . . . .	1
A. Steuerrechtswissenschaft und <i>Gender</i> -Perspektive . . . . .	1
B. Konsequenzen für die Ehegattenbesteuerung . . . . .	3
I. Ehe und Familie in Deutschland – ein empirischer Befund . . . . .	4
II. Mögliche Ursachen für die rückläufige Zahl an Eheschließungen und Geburten . . . . .	6
III. Forderungen nach einer Reform der Ehegattenbesteuerung . . . . .	8
C. Gang der Untersuchung . . . . .	10
<i>Kapitel 2: Funktionsweise des Ehegattensplittings</i> . . . . .	13
A. Zusammenveranlagung und Splittingverfahren . . . . .	13
I. Wahlrecht zwischen Einzel- und Zusammenveranlagung . . . . .	13
1. Voraussetzung: Bürgerliche Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft . . . . .	13
a) Beschluss des <i>Bundesverfassungsgerichts</i> vom 7.5.2013 . . . . .	13
b) Reaktion des Gesetzgebers . . . . .	16
c) Bundestagsbeschluss zur einfachgesetzlichen Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare am 30.6.2017 . . . . .	17
d) Terminologische Erläuterung . . . . .	18
2. Weitere Voraussetzungen . . . . .	19
II. Splittingverfahren . . . . .	20
III. Funktionsweise . . . . .	20
IV. Exkurs: „Splittingvorteil“ . . . . .	22
V. Weitere Folgen der Zusammenveranlagung . . . . .	23
1. Überblick . . . . .	23

2. Auswirkungen auf die Bestimmung der Einkünfte, § 2 Abs. 2 EStG . . . . .	23
3. Auswirkungen auf die Bestimmung des Gesamtbetrags der Einkünfte, § 2 Abs. 3 EStG . . . . .	24
4. Auswirkungen auf die Bestimmung des Einkommens, § 2 Abs. 4 EStG . . . . .	24
5. Auswirkungen auf die Bestimmung des zu versteuernden Einkommens, § 2 Abs. 5 EStG . . . . .	25
B. Hintergrund der Einführung des Ehegattensplittings . . . . .	25
<i>Kapitel 3: Würdigung des Ehegattensplittings</i> . . . . .	29
A. Art. 3 Abs. 1 GG: Allgemeiner Gleichheitssatz . . . . .	29
I. Grundsätzliche Bedeutung . . . . .	29
II. Bedeutung für das Steuerrecht: Grundsatz der Steuergerechtigkeit . . . . .	30
III. Leistungsfähigkeitsprinzip und Folgerichtigkeitsgebot . . . . .	30
IV. Nettoprinzip . . . . .	34
1. Objektives Nettoprinzip . . . . .	34
2. Subjektives Nettoprinzip . . . . .	35
a) Steuerfreiheit des Existenzminimums . . . . .	35
b) Steuerfreiheit des familiären Existenzminimums . . . . .	37
c) Verhältnis zum sozialhilferechtlichen Nachrangprinzip . . . . .	38
B. Art. 6 Abs. 1 GG: Besonderer Schutz von Ehe und Familie . . . . .	39
I. Schutzgut Familie . . . . .	39
II. Die einzelnen Gewährleistungen des Art. 6 Abs. 1 GG . . . . .	40
1. Art. 6 Abs. 1 GG als Abwehrrecht . . . . .	40
a) Gehalt . . . . .	40
aa) Schutz ehelicher Autonomie . . . . .	40
bb) Schutz familiärer Autonomie . . . . .	41
b) Verhältnis zu Art. 3 Abs. 2 GG . . . . .	42
2. Art. 6 Abs. 1 GG als Institutsgarantie . . . . .	43
a) Strukturmerkmal der Verschiedengeschlechtlichkeit der Eheleute . . . . .	45
aa) Methodenwahl . . . . .	47
bb) Historische Auslegung . . . . .	49
(1) Regelungen in der Weimarer Reichsverfassung . . . . .	49
(2) Beratungen zur Entstehung des Grundgesetzes . . . . .	50
(a) Beratungen des Parlamentarischen Rates und seiner Unterausschüsse . . . . .	50

(b) „Vorstellungshorizont“ des Verfassungsgebers . . . . .	53
(3) Regelungen in den Landesverfassungen . . . . .	54
(4) Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission . . . . .	56
(5) Beachtlichkeit der Ergebnisse der historischen Auslegung: Verfassung als Ordnungsrahmen zukünftiger Entwicklungen . . . . .	56
(6) Zwischenergebnis . . . . .	58
cc) Grammatikalische Auslegung . . . . .	58
dd) Systematische Auslegung . . . . .	62
ee) Teleologische Auslegung . . . . .	63
ff) Konsequenzen für die einfachgesetzliche Eheöffnung zugunsten gleichgeschlechtlicher Paare . . . . .	68
gg) Entfallen des Strukturmerkmals der Verschiedengeschlechtlichkeit aufgrund eines Verfassungswandels? . . . . .	69
(1) Tatbestand des Verfassungswandels . . . . .	70
(2) Wichtige Entwicklungsimpulse . . . . .	71
(a) Rechtsprechung des <i>Bundesverfassungsgerichts</i> . . . . .	71
(b) Europäisierung und Internationalisierung des Rechts . . . . .	74
(c) Veränderungen des einfachen Rechts . . . . .	75
(3) Stellungnahme zur Anerkennung der Figur des Verfassungswandels . . . . .	75
(4) Bedeutung für das Ehegrundrecht . . . . .	77
(a) Drohende Sinnentleerung des Institutionenschutzes: Ausschließliches Entfallen des Strukturmerkmals der Verschiedengeschlechtlichkeit? . . . . .	78
(b) Bedeutung der Einrichtungsgarantien in der heutigen Zeit . . . . .	80
(c) Notwendigkeit einer Verfassungsänderung . . . . .	80
hh) Entfallen des Strukturmerkmals der Verschiedengeschlechtlichkeit aufgrund von aus den <i>Gender-Studies</i> stammenden Ansätzen? . . . . .	82
(1) Versuche der „Entnaturalisierung“ von Ehe und Familie . . . . .	82
(2) Unterscheidung von <i>Sex</i> und <i>Gender</i> . . . . .	83
(3) <i>Gender Mainstreaming</i> . . . . .	86

(4) Stellungnahme . . . . .	87
ii) Ergebnis . . . . .	91
b) Exkurs: Subsumtion der nichtehelichen Lebensgemeinschaft unter den Ehebegriff des Art. 6 Abs. 1 GG? . . . . .	92
c) Weitere Strukturmerkmale . . . . .	93
3. Art. 6 Abs. 1 GG als wertentscheidende Grundsatznorm . . . . .	95
a) Grundsätzliches . . . . .	95
b) Schutzgebot . . . . .	97
c) Fördergebot . . . . .	98
d) Benachteiligungsverbot . . . . .	99
C. Ehegattensplitting als leistungsfähigkeitsgerechte Form der Besteuerung des Einkommens von Eheleuten? . . . . .	100
I. Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit . . . . .	100
II. Eheliche Erwerbsgemeinschaft . . . . .	102
1. Vorgaben des Familienrechts . . . . .	102
a) Güterstandsrecht . . . . .	103
aa) Zugewinnngemeinschaft . . . . .	103
bb) Gütergemeinschaft . . . . .	106
cc) Gütertrennung . . . . .	106
b) Versorgungsausgleich . . . . .	108
c) Verpflichtungsermächtigung . . . . .	109
d) Eigentumsvermutung . . . . .	110
2. Vorgabe des Art. 6 Abs. 1 GG: Gebot staatlicher Neutralität gegenüber den unterschiedlichen Eheformen . . . . .	110
3. Wirtschaftliche Realität der Ehe . . . . .	113
4. Leistungsfähigkeitstransfer innerhalb der Ehe und Wahrung des Individualbesteuerungsgrundsatzes . . . . .	115
5. Zwischenergebnis . . . . .	118
III. Eheliche Verbrauchsgemeinschaft . . . . .	118
1. Vorgaben des Unterhaltsrechts . . . . .	118
a) Unterhaltsverpflichtungen innerhalb der Ehe . . . . .	119
b) Konsequenzen für die Besteuerung des Einkommens von Eheleuten: Ehegattensplitting als pauschales beziehungsweise typisiertes Realsplitting? . . . . .	122
aa) Ausschließliche Maßgeblichkeit des Barunterhalts im Einkommensteuerrecht . . . . .	123
bb) Grundsätzliche Geltung der ehelichen Halbteilung . . . . .	125
cc) Steuerrechtliche Beachtlichkeit des unterhaltsrechtlich determinierten Leistungsfähigkeitstransfers? . . . . .	127



(1) Kritik am subjektiven Nettoprinzip . . . . .	127
(2) Realitätsgerechte Berücksichtigung angemessener Unterhaltslasten . . . . .	130
2. Wirtschaftliche Realität der Ehe . . . . .	133
3. Zwischenergebnis . . . . .	138
4. Exkurs: Konsequenzen für die Besteuerung des Einkommens von Partnern nichtehelicher Lebensgemeinschaften . . . . .	139
IV. Synergieeffekte des Zusammenlebens und „Schatteneinkommen“ . . . . .	141
1. Synergieeffekte des Zusammenlebens . . . . .	141
2. „Schatteneinkommen“ . . . . .	143
V. Ergebnis . . . . .	145
D. Ehegattensplitting als neutrale Besteuerungsform im Hinblick auf unterschiedliche Ehemodelle? . . . . .	145
I. Verfestigung überkommener Rollenmuster durch das Ehegattensplitting? . . . . .	146
1. Einflussnahme auf die eheinterne Aufgabenverteilung . . . . .	146
a) Erhöhte Belastung des Zweiteinkommens infolge der Zusammenveranlagung . . . . .	147
b) Lenkungswirkungen von Steuernormen . . . . .	151
c) Exkurs: Gleichstellungsrechtliche Kritik an den weiteren Folgen der Zusammenveranlagung . . . . .	152
2. Bedeutung des <i>Gender Mainstreamings</i> für das Einkommensteuerrecht . . . . .	153
II. Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 S. 1 Var. 1 GG: Gleichberechtigung von Männern und Frauen . . . . .	155
1. Normsystematik . . . . .	155
a) Verhältnis von Art. 3 Abs. 2 zu Abs. 3 S. 1 Var. 1 GG . . . . .	155
b) Weitergehende Auffassungen im Schrifttum . . . . .	156
aa) <i>Slupik</i> : Kollektives Fördergebot (1988). . . . .	157
bb) <i>Raasch</i> : Gruppenbezogenes Gleichheitsrecht (1991). . . . .	157
cc) <i>Sacksofsky</i> : Dominierungsverbot (1991/1996). . . . .	158
dd) <i>Baer</i> : Hierarchisierungsverbot (1995) . . . . .	158
ee) <i>Spangenberg</i> : Dominierungsverbot (2013). . . . .	159
ff) Stellungnahme . . . . .	160
2. Verbot mittelbarer Diskriminierungen wegen des Geschlechts . . . . .	161
a) Tatbestand der mittelbaren Diskriminierung . . . . .	162

b) Normative Verortung des Verbotes mittelbarer Diskriminierungen wegen des Geschlechts . . . . .	164
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	166
3. Bedeutung im Steuerrecht . . . . .	167
a) Problemstellung . . . . .	167
b) Im Schrifttum vertretene Ansätze . . . . .	170
c) Stellungnahme . . . . .	171
III. Bewertung des Ehegattensplittings in der Gesamtschau . . . . .	173
1. Ausgangspunkt . . . . .	173
2. Stellungnahme . . . . .	174
3. Nutzung von Spezialisierungsvorteilen . . . . .	176
4. Auswirkungen auf Familien . . . . .	179
a) Zusammenhang zwischen Ehegattensplitting und Familienförderung . . . . .	179
b) Nachteilige Wirkungen des Ehegattensplittings für eheliche Familien . . . . .	183
c) Nachteilige Wirkungen des Ehegattensplittings für nichteheliche Familien . . . . .	187
d) Demografische Impulse . . . . .	189
5. Freiheitsgewährleistung zugunsten unterschiedlicher Ehe- und Familienarrangements . . . . .	193
a) Freiheitsgewährleistung durch das Ehegattensplitting . . . . .	193
b) Exkurs: Verfassungsgebot der Überwindung „vorfindlicher“ Einstellungen“? – Parallelen zur Kopftuch-Debatte . . . . .	197
6. Wahlrecht zwischen unterschiedlichen Veranlagungsarten . . . . .	201
7. Lohnsteuerabzug bei zusammenveranlagten Eheleuten . . . . .	203
8. Aufteilung der splittingbedingten Steuererminderung . . . . .	208
9. Gesamtschuldnerische Haftung . . . . .	210
10. Verfassungskonformität bei gerechter Lastenverteilung, aber Verletzung gestaltungsbegrenzender Grundgesetznormen? . . . . .	211
11. Exkurs: Tarifverlauf und Allokationsentscheidungen . . . . .	212
IV. Vorgaben des Europarechts im engeren und im weiteren Sinne zur Geschlechtergleichberechtigung . . . . .	213
1. Vorgaben des Europarechts im engeren Sinne . . . . .	213
a) Vorgaben des primären Unionsrechts . . . . .	214
b) Vorgaben des sekundären Unionsrechts . . . . .	219
2. Vorgaben des Europarechts im weiteren Sinne: EMRK . . . . .	222
V. Ergebnis . . . . .	224
E. <i>Gender based Taxation</i> . . . . .	225

<i>Kapitel 4: Ausdehnung des Ehegattensplittings auf die eingetragene Lebenspartnerschaft</i> . . . . .	229
A. Einleitung . . . . .	229
B. Prüfungsmaßstab . . . . .	230
C. Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft . . . . .	233
I. Notwendigkeit eines bereichsspezifischen Vergleichs . . . . .	233
II. Vergleichbarkeit im Hinblick auf den Regelungszweck der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit . . . . .	234
III. Vergleichbarkeit im Hinblick auf den Regelungszweck der Eheförderung . . . . .	234
D. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung . . . . .	236
E. Vorgaben des Europarechts im engeren und im weiteren Sinne . . . . .	239
I. Grundsätzliches . . . . .	239
II. Vorgaben des Europarechts im weiteren Sinne: EMRK . . . . .	240
1. Art. 14 in Verbindung mit Art. 12 EMRK: Verbot von Diskriminierungen wegen der sexuellen Orientierung bei Eheschließung und Familiengründung . . . . .	240
2. Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 1 des Zusatzprotokolls zur EMRK vom 20.3.1952: Verbot von Diskriminierungen wegen der sexuellen Orientierung bei der Besteuerung . . . . .	243
a) Gehalt . . . . .	243
b) Möglichkeit der Rechtfertigung der vorliegenden Differenzierung . . . . .	244
III. Vorgaben des Europarechts im engeren Sinne . . . . .	246
1. Vorgaben des primären Unionsrechts . . . . .	246
a) Art. 9 GRC: Recht auf Eheschließung und Familiengründung . . . . .	246
b) Art. 21 Abs. 1 GRC: Verbot von Diskriminierungen wegen der sexuellen Ausrichtung . . . . .	247
c) Art. 33 Art. 1 GRC: Schutz des Familienlebens . . . . .	249
d) Art. 6 Abs. 3 EUV: Grundrechte als allgemeine Grundsätze des Unionsrechts . . . . .	250
2. Vorgaben des sekundären Unionsrechts: Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.11.2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf . . . . .	251
a) Anwendbarkeit . . . . .	251

b) Rechtsprechung des <i>Europäischen Gerichtshofs</i> zu Ungleichbehandlungen von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft . . . . .	253
c) Unmittelbare Diskriminierung der eingetragenen Lebenspartnerschaft durch deren Ausschluss vom Ehegattensplitting? . . . . .	255
F. Ergebnis . . . . .	258
G. Exkurs: Intersektionale beziehungsweise mehrdimensionale Diskriminierungswirkungen von Steuertatbeständen . . . . .	258
I. Problemstellung . . . . .	258
II. Unterschiedliche Ansätze . . . . .	259
III. Beispiel aus der Rechtsprechung des <i>Bundesverfassungsgerichts</i> : Das Kopftuch muslimischer Lehrerinnen . . . . .	262
IV. Beispiele aus dem Steuerrecht . . . . .	262
1. US-amerikanische Ansätze: <i>Critical Race Theory</i> und <i>Critical Tax Theory</i> . . . . .	262
2. Intersektionale Diskriminierungen durch das Ehegattensplitting? . . . . .	265
 <i>Kapitel 5: Familienleistungsausgleich und Kinderbetreuungskosten</i> . . . . .	
A. Überblick . . . . .	269
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	269
I. Rechtsprechung des <i>Bundesverfassungsgerichts</i> . . . . .	269
II. Kritik im Schrifttum . . . . .	270
III. Stellungnahme . . . . .	271
C. Familienleistungsausgleich . . . . .	272
I. Reaktion des Gesetzgebers auf die Vorgaben des <i>Bundesverfassungsgerichts</i> . . . . .	272
II. Kinderfreibetrag und Kindergeld . . . . .	273
D. Kinderbetreuungskosten . . . . .	276
I. Entwicklung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Kinderbetreuungskosten . . . . .	276
II. Kritik im Schrifttum . . . . .	279
III. Stellungnahme . . . . .	280

<i>Kapitel 6: Reformalternativen</i> . . . . .	283
A. Einleitung . . . . .	283
B. Individualbesteuerung . . . . .	284
I. Beschreibung . . . . .	284
II. Stellungnahme . . . . .	285
III. Weitere Folgen eines Übergangs zur Individualbesteuerung . . . . .	289
1. Tatsächliche Gleichheit im Belastungserfolg . . . . .	289
2. Ökonomische Auswirkungen . . . . .	291
C. Individualbesteuerung mit übertragbarem (Grund-)Freibetrag . . . . .	292
D. Individualbesteuerung mit dualer Unterhaltsprämie . . . . .	294
E. Ehegattenrealsplitting . . . . .	295
I. Beschreibung . . . . .	295
1. Funktionsweise . . . . .	295
2. Prinzip der intersubjektiven Korrespondenz . . . . .	295
3. Zustimmungserfordernis des § 10 Abs. 1a S. 1 Nr. 1 EStG . . . . .	296
4. Notwendigkeit der Schaffung einer Ausnahme vom Abzugsverbot nach § 12 Nr. 1 S. 1, Nr. 2 EStG . . . . .	296
II. Stellungnahme . . . . .	298
F. Familiensplitting . . . . .	300
G. Familienrealsplitting . . . . .	304
<i>Kapitel 7: Zusammenfassung der Ergebnisse</i> . . . . .	309
Literaturverzeichnis . . . . .	317
Register . . . . .	355